

Gleichzeitig wissen wir, dass im Bereich der legalisierten Drogen ebenso politische Veränderungen dringend benötigt werden. **Der Zugang zu Tabak und Alkohol ist zu niedrigschwellig angesetzt.** Daher unterstützen wir ein allgemeines Werbeverbot für sämtliche Drogen. Auch präventive Maßnahmen und Aufklärung kommen hier oft zu kurz. Aber auch im Bereich der nicht-stofflichen Süchte besteht großer Handlungsbedarf. So muss beispielsweise das **Glücksspiel**, insbesondere das Automatenspiel in Bistros, Cafés, Bars, Bahnhöfen und anderen öffentlich zugänglichen Orten, zurückgedrängt werden. Denn auch hier sind die Angebote, vor allem für Jugendliche zu leicht zugänglich, der Jugendschutz wird in diesem Bereich kaum eingehalten. Jeder zweite Euro im Automatenspiel wird mittlerweile von Süchtigen umgesetzt. Nur ein lizenziertes Spielcasino ist der richtige Ort für Glücksspiel - das betrifft auch das Automatenspiel.



Hinter unserer Forderung nach einer neuen Drogenpolitik verbirgt sich mehr als nur „Legalize it“. Drogenpolitik muss elementarer Bestandteil einer präventiven, aufklärten und sachlichen Gesundheitspolitik und Teil eines verantwortungsbewussten Jugend- und Verbraucherschutzes sein. Wir stellen uns gegen die Kriminalisierung von Drogenkonsumenten und wollen einen selbstbestimmten und selbstverantwortlichen Umgang mit Drogen.

Kontakt zur LAG:

Wenn du bei der Landesarbeitsgemeinschaft Drogenpolitik mitmachen und dein Wissen oder Ideen einbringen möchtest, freuen wir uns auf dich.

Koordinierung

Benjamin Krüger und Ulrike Juda

E-Mail: lag.drogenpolitik@die-linke-berlin.de

[f /linkedrogenpolitikberlin](https://www.facebook.com/linkedrogenpolitikberlin)

<http://drogs.die-linke-berlin.de>

LAG Drogenpolitik
Konsum. Prophylaxe.
Abhängigkeit.

DIE LINKE.
LANDESVERBAND BERLIN

Mehr als „Legalize it“

Eine neue Drogenpolitik für Berlin ist möglich

Drogen gehören in Berlin zum Alltag: Sei es nun der „illegale“ Joint oder das „legale“ Wegbier - Drogen sind in Form von Cannabis, Alkohol und Nikotin in Berlin allgegenwärtig. Dabei sagt die Einteilung in legale und illegale Drogen nichts über deren Gefährlichkeit aus. Tagtäglich nehmen Menschen Drogen und sind auch durch Verbote nicht davon abzuhalten. **Drogenkonsumentinnen und -konsumenten schlicht als Kriminelle zu betrachten, verhindert jede sinnvolle Drogenpolitik.** Die Dämonisierung von Drogen und Kriminalisierung der Konsumierenden verfehlt insbesondere bei Jugendlichen das erklärte Ziel der Abschreckung vom Drogenkonsum. **Drogenpolitik muss eine präventive, sachliche und glaubwürdige Aufklärung über die Wirkung und Risiken von Drogen ermöglichen.** Nur so kann ein selbstverantwortliches Konsumverhalten entwickelt werden, nur so können gerade Jugendliche selbstbewusst und selbstsicher mit Drogen umgehen.

Bei legalen Drogen regeln diverse Gesetze die Verarbeitung, Herstellung, Verbreitung und den Gebrauch. Illegale Drogen hingegen unterliegen keinerlei staatlicher Kontrolle und stehen so auf dem Schwarzmarkt zum



Drogen gehören in Berlin zum Alltag



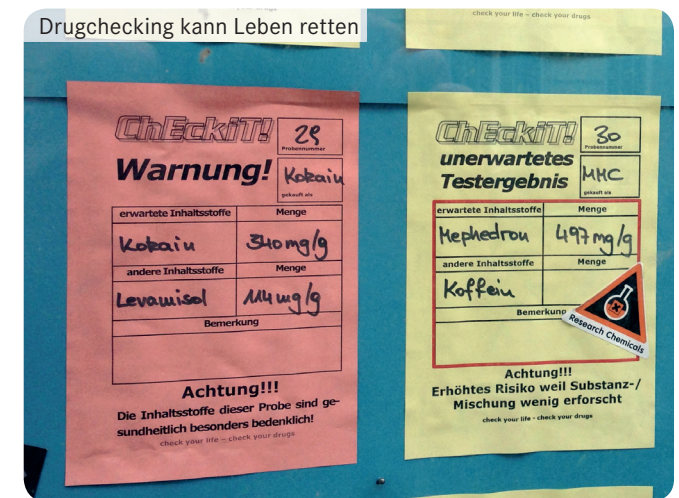
unkontrollierten Konsum zur Verfügung. Gerade die Politik hat durch ihre Gestaltungsmacht der gesellschaftlichen Verhältnisse den größten Einfluss auf den Umgang mit Drogen. Insofern kann sie wesentlich dazu beitragen, dass der Gebrauch von jeglichen Drogen unter der **Berücksichtigung des Jugend- und Verbraucherschutzes** stattfindet. Möglicher Missbrauch kann hierdurch schneller erkannt werden und der Staat besitzt damit bessere Möglichkeiten diesem entgegenzusteuern.

Erst eine **kontrollierte und legale Abgabe von Drogen gewährleistet sichere Inhaltsstoffe, ermöglicht die notwendige Aufklärung** und bietet die Chance, den nötigen Jugend- und Verbraucherschutz umzusetzen. Bei Cannabis stehen wir für die Einführung staatlich regulierter Coffee-Shop-Modelle oder anderer regulierter Abgabeformen wie beispielsweise dem **Cannabis-Social-Club-Modell**. Langfristig muss die Drogenpolitik im Bereich des Jugend- und Verbraucherschutzes angesiedelt werden.

Die medizinische Verwendung von Drogen im Bereich der Gesundheitsversorgung soll weiterhin bestehen bleiben und entsprechend aktuellen medizinischen Erkenntnissen ausgebaut werden. DIE LINKE hat sich erfolgreich für eine **gesundheitsorientierte Drogenpolitik** eingesetzt und Drogenkonsumräume eingeführt.

Es war richtig, dass unter der letzten Rot-Roten Landesregierung auf Druck der LINKEN die Regelung zur sogenannten geringen Menge auf 15 Gramm Cannabis angehoben wurde. Jedoch haben in Berlin die bundesgesetzlichen Regelungen ebenfalls Bestand.

Die Angebote zur Suchtprävention müssen verstetigt und ausgebaut werden: Wir brauchen weitere psychosoziale Betreuung der Schwerstabhängigen, mehr Möglichkeiten Menschen in Haft den Zugang zu sauberen Spritzen zu ermöglichen, weitere Drogenkonsumräume und eine Verbesserung der Substitutionsangebote in Berlin. Auch die Möglichkeit, Drogen auf gefährliche Verunreinigungen prüfen zu lassen (**Drug-checking**), ist eine wichtige Maßnahme zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes.



Beispiele aus den europäischen Nachbarstaaten zeigen: Dort wo es zu einer Entkriminalisierung der Drogenkonsumierenden und (Teil-) Legalisierung der Drogen gekommen ist, hat die Zahl der kritisch Konsumierenden und Drogenabhängigen nicht nur abgenommen – auch die allgemeine Gesundheitslage hat sich verbessert. Hinzu kommt, dass die Rate der HIV-Neu-Infektionen abgenommen hat. Die Zahl der Konsumierenden hat hingegen nicht zugenommen.